

## Großbritannien vor der Wahl

*Roland Sturm*

### **Zusammenfassung**

Im Mai 2015 wird in Großbritannien gewählt. Der Wahlausgang ist offener denn je. Mit der europafeindlichen UKIP und der schottischen Nationalpartei werden zwei neue bisher nicht relevante Kräfte im Parteienwettbewerb erwartet. Eine neue Koalitionsregierung zeichnet sich ab. Das Zweiparteiensystem gehört der Vergangenheit an. Das britische Regierungssystem entfernt sich immer mehr vom Westminstermodell.

Im Kanon der politischen Bildung gehört das Regierungssystem Großbritanniens zu einem der Standardmodelle. Das Westminster-Modell, so die tradierte Schulbuchweisheit, ist gekennzeichnet durch ein Zweiparteiensystem, Einparteienregierungen und eine Gesellschaft, die durch ihre Offenheit für Zuwanderer aus der ganzen Welt zu einer multikulturellen Gemeinschaft wurde. In der EU setzte sich das Vereinigte Königreich in der Vergangenheit vor allem für die Vertiefung und Erweiterung des Europäischen Binnenmarktes ein – ein Markt, der für die Exportinteressen Großbritanniens von vitalem Interesse ist. Die territorialen Konflikte im Lande sollten mit dem fehlgeschlagenen Referendum über die schottische Unabhängigkeit im September 2014 weitgehend befriedet sein.

Im Mai 2015 finden die nächsten Parlamentswahlen in Großbritannien statt. Inzwischen steht es dem Premierminister nicht mehr frei, diese nach Belieben abzuhalten und entsprechend die Monarchin um Parlamentsauflösung zu bitten. Das Vereinigte Königreich hat nun feste Legislaturperioden für sein Parlament von fünf Jahren. 2010 waren die Konservativen stärkste Partei geworden, verfehlten aber die Mehrheit der Parlamentssitze, trotz des, große Parteien begünstigenden relativen Mehrheitswahlsystems (vgl. Tabelle 1).



**Prof. Dr. Roland Sturm**

Lehrt Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und ist Mitherausgeber von GWP

Tabelle 1: Das Wahlergebnis von 2010

Partei	Sitze im Unterhaus	% der Wählerstimmen
Konservative Partei	307	36,1
Labour Party	258	29,0
Liberal Democrats	57	23,0
Greens	1	1,0
Scottish National Party (SNP)	6	Kandidiert nur in Schottland, dort: 19,9%
Plaid Cymru	3	Kandidiert nur in Wales, dort: 11,3%
Alliance	1	Kandidiert nur in Nordirland, dort: 6,3%
Democratic Unionist Party (DUP)	8	Kandidiert nur in Nordirland, dort: 25,0 %
Social Democratic and Labour Party (SDLP)	3	Kandidiert nur in Nordirland, dort: 16,5%
Sinn Féin	5	Kandidiert nur in Nordirland, dort: 25,5%
Unabhängiger	1	Nordirland

Quelle: Daten in Dennis Kavanagh/Philip Cowley (Hrsg.): The British General Election of 2010, Basingstoke 2010.

Die Parlamentswahlen 2015 finden in einem Umfeld statt, das dem tradierten Wissen über das Westminster-Modell nicht mehr entspricht. Das Zweiparteiensystem ist am Ende. Schon seit 2010 regiert in London eine Koalition aus Konservativer Partei und Liberaldemokraten. Die Parteien überbieten sich mit Vorschlägen, die Einwanderung nach Großbritannien zu begrenzen, und Premierminister David Cameron hat bei seiner Wiederwahl einen EU-Austritt Großbritanniens für 2017 in Aussicht gestellt, sollten seine Forderungen an die EU, für sein Land Kompetenzen aus Brüssel zurückzuerhalten, nicht erfüllt werden. Die 2010 begonnene Sparpolitik zum Schließen der von der Labour Regierung hinterlassenen jährlichen Einnahmелücke soll erst 2019 zu Ende gehen. Sie umfasst mit wenigen Ausnahmen alle öffentlichen Ausgaben. Sie wurden um durchschnittlich 21 Prozent reduziert.<sup>1</sup> Der National Health Service bleibt, auch wenn er, wie auch das Schulwesen und die Entwicklungshilfe, von den Sparbemühungen weitgehend ausgeschlossen ist, eine politische Dauerbaustelle. Er ist neben der Königin die wohl einzige unumstrittene Institution des Landes. Selbst bei der Feier zur Eröffnung der Olympischen Spiele in London führen Betten durch das Stadion, um diese Errungenschaft zu ehren. Allen Parteien fehlt es an weitreichenden Ideen zur Reform und dem Willen und den Möglichkeiten, die Unterfinanzierung des NHS zu beenden.<sup>2</sup> Das Schottland-Referendum hat zu einem neuen Aufschwung des politischen Nationalismus in Schottland geführt, der das dortige Parteiensystem umwälzen kann. Der Ausgang der Wahl ist angesichts so vieler Veränderungen und der Wahrscheinlichkeit einer neuen Koalitionsregierung in London schwerer vorherzusagen als das Ergebnis vergangener Wahlen.

## Die Parteien vor der Wahl

Auch für Großbritannien gilt, bei Wahlen hat die Opposition nur eine Chance, wenn die Regierung abgewählt wird. Für diese spricht auf den ersten Blick ihre ökonomische Erfolgsbilanz. Großbritannien hat die besten Wirtschaftsdaten der sieben wichtigsten

Industriestaaten (G 7). Das Wirtschaftswachstum beträgt 3%, und die Arbeitslosigkeit geht gegen 5%.<sup>3</sup> Allerdings sagt das Wirtschaftswachstum wenig über die Realitäten der britischen Gesellschaft aus. Die Früchte des Wirtschaftswachstums kommen bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht an. Die Einkommen stagnieren oder sinken. Zum Erhalt des Lebensstandards sind häufig Mehrfachbeschäftigungen erforderlich, nicht zuletzt in prekären und zeitlich begrenzten Arbeitsverhältnissen. Es gibt inzwischen geschätzt sogar 1,4 Millionen sogenannter „zero hour contracts“, also Arbeitsverträge ohne eine garantierte Mindeststundenzahl oder feste Einkommen (Tagelöhner). Tagelöhner arbeiten in Schnellrestaurants, Universitäten und auch im Buckingham Palace.<sup>4</sup> Der Preis der Austerität (Spar)-Politik, mit der die Regierung den Wirtschaftsaufschwung erreichte, sind Verschlechterungen der staatlichen Leistungen. Das Vereinigte Königreich erlebt eine „job-rich, tax-poor recovery“<sup>5</sup>, denn die Ausweitung der Beschäftigung im Niedriglohnsektor trägt keine wesentlichen Steuereinnahmen bei. Damit wird trotz Wirtschaftsaufschwung das jährliche Haushaltsdefizit nicht rasch geringer, und die staatlichen Sparmaßnahmen werden weiter geführt. Die Strukturprobleme der britischen Wirtschaft bleiben ungelöst. Es fehlen Investitionen und Exporte, und die Produktivität der Wirtschaft liegt, wie schon seit den Nachkriegsjahren des Zweiten Weltkriegs, noch immer deutlich unter internationalen Standards.

Das politische Personal aller etablierten Parteien ist unbeliebt. Der Oppositionsführer Ed Miliband (Labour Party) kann sich auch angesichts der innerparteilichen Konflikte in der Konservativen Partei, vor allem über Europafragen, Hoffnungen auf den Wahlsieg machen. Die Konkurrenz der EU-feindlichen United Kingdom Independence Party (UKIP) ist allerdings nicht nur für die Konservative Partei eine Herausforderung. Auch Labour-Arbeiterwähler neigen teilweise dazu, UKIP zu unterstützen. Dennoch: Milibands Labour Party sollte, angesichts der gegenwärtigen Probleme anderer Parteien, gute Chancen auf einen Wahlsieg haben. Dem stehen aber die verheerenden Umfragewerte des Parteivorsitzenden der Labour Party unter Umständen entgegen. Nur 13 Prozent der Briten können sich Miliband als Premierminister vorstellen. Nicht nur gilt er als abgehobene Figur der britischen Oberschicht, es gelingt ihm auch nicht, eine alternative Vision für die britische Regierungspolitik zu formulieren.<sup>6</sup> Auf dem Parteitag der Labour Party hielt er 2014 eine auswendig gelernte Rede, vergaß aber zum Spott der britischen Öffentlichkeit auf die zwei wichtigsten innenpolitischen Themen einzugehen: Einwanderung und Staatsverschuldung. Eigentlich liegen angesichts der Sparpolitik der britischen Regierung Labour-Themen wie soziale Gerechtigkeit oder zunehmende gesellschaftliche Ungleichheit der Einkommen und Lebenschancen auf der Straße. Mitte 2014 schien es so, als habe die Labour Party mit dem Protest gegen die steigenden Lebenshaltungskosten ein konkretes Thema gefunden. Sie diskutierte kurzfristig unter anderem eine Mietpreisbremse. Miliband gelingt es aber nicht, auf Dauer eine kohärente Gegenposition zum Regierungsdiskurs zu formulieren. Der UKIP-Vorsitzende Nigel Farage kann es sich leisten, Miliband als „unwählbaren Witz“ zu verspotten.<sup>7</sup> In der Labour Party machten noch Ende 2014 Gerüchte von einem bevorstehenden Putsch gegen den Parteivorsitzenden die Runde.<sup>8</sup> Miliband spricht politisch die schrumpfende alte Linke in Großbritannien an – ein Elektorat, das weit kleiner ist als die von New Labour unter Tony Blair versammelte gesellschaftliche Koalition. Mit dieser Strategie dient Miliband Interessen seiner Partei, macht diese aber gleichzeitig für Wähler der Mitte und Wechselwähler immer weniger wählbar.

Der kleine Koalitionspartner, die Liberaldemokraten, geführt von Nick Clegg, kann eine verheerende Wahlniederlage erwarten. Clegg ist stellvertretender Premierminister ohne Ressort mit dem Auftrag zur Verfassungsreform. Letztere ist in allen

Bereichen stecken geblieben. Weder wurde das britische Wahlsystem reformiert, noch das House of Lords. Weiterhin blieb eine Neuregelung der Parteienfinanzierung ebenso aus wie die Entscheidung über Abstimmungsrechte schottischer Parlamentarier im Westminsterparlament bei Gesetzgebungsvorhaben, die nur England betreffen. Die eigentlich notwendige Reform der Wahlkreiseinteilung, die dafür sorgen soll, dass jeder/jede Abgeordnete/r ungefähr gleich viele Wähler repräsentiert, wurde verschoben. Das war die Revanche der Liberaldemokraten für die mangelnde Unterstützung ihres Koalitionspartners, der Konservativen Partei, beim erfolglosen Referendum von 2011 zur Einführung eines neuen Wahlsystems, das die Liberaldemokraten begünstigt hätte. Die nicht veränderte Wahlkreiseinteilung verschafft der Labour Party einen Vorteil, so dass es durchaus der Fall sein kann, dass bei den anstehenden Parlamentswahlen die Labour Party mit weniger Stimmen als die Konservative Partei mehr Sitze erringt. Es wurde errechnet, dass die Labour Party schon mit einem Wahlergebnis von 33% die absolute Mehrheit der Parlamentssitze gewinnen kann.<sup>9</sup>

Nick Cleggs Partei verliert in erster Linie an Stimmen, weil die Partei schon früh in der Amtszeit der Koalitionsregierung von 2010 ihre Glaubwürdigkeit verspielt hat. Ausschlaggebend hierfür war der Bruch ihres Wahlversprechens, eine Erhöhung der Studiengebühren nicht zuzulassen. Cleggs spätere Entschuldigung wurde als musikalische Parodie ein Heiterkeitserfolg auf Youtube. Trotz des erwarteten Verlustes von vermutlich mehr als der Hälfte ihrer 57 Abgeordneten, erwarten die Liberaldemokraten, dass sie als Koalitionspartner weiterhin gebraucht werden, sei es der Konservativen Partei oder – was wahrscheinlicher ist – der Labour Party. Denn die entscheidenden Wahlkreise der Liberaldemokraten müssen von den Konservativen gewonnen bzw. gegen diese verteidigt werden, weshalb die Liberaldemokraten sich als soziale Alternative zu ihrem Regierungspartner positionieren.

Die Konservative Partei ist in der Krise, weil sie es nicht schafft, sich der Konkurrenz der United Kingdom Independence Party (UKIP) zu erwehren. Ihre Strategie, die Ziele der UKIP, vor allem bei den Themen Begrenzung der Einwanderung und EU-Skepsis zu übernehmen, erwies sich eher als politische Falle. UKIP setzt die Themen, die die Konservative Partei reagiert und riskiert dabei ständige innerparteiliche Auseinandersetzungen. Zwei Abgeordnete der Partei traten 2014 zu UKIP über und von ihren Parlamentssitzen zurück. Bei den Nachwahlen eroberten sie ihre alten Wahlkreise für ihre neue Partei UKIP, trotz massiven Einsatzes der gesamten konservativen Parlamentsfraktion im Unterhaus (mehrmalige Wahlkreisbesuche waren für jeden Abgeordneten Pflicht) und der Regierungsmitglieder der Konservativen Partei. Dass UKIP Wahlen gewinnen kann, bewies sie bei der nach dem Verhältniswahlssystem durchgeführten Europawahl 2014. UKIP erhielt mit 26,77% der Stimmen 24 Sitze im Europaparlament, gefolgt von der Labour Party (20 Sitze mit 24,74% der Stimmen) und der Konservativen Partei (19 Sitze mit 23,31% der Stimmen). Auch wenn die Hürde bei der Parlamentswahl für UKIP aufgrund des relativen Mehrheitswahlsystems in Einerwahlkreisen und der größeren Wertigkeit nationaler Wahlen in den Augen der Wahlberechtigten höher liegt, ist zu erwarten, dass diese Partei erstmals in einigen Wahlkreisen erfolgreich sein kann. Im – aus Sicht der Konservativen Partei – schlimmsten Falle, kann die Konkurrenz von UKIP in den Wahlkreisen dazu führen, dass die Wählerschaft der Konservativen sich aufteilt und damit zahlreiche Wahlkreise von Labour gewonnen werden können, was letztendlich bedeutet, dass der Konservativen Partei eine ausreichende Zahl von Mandaten für eine Regierungsbeteiligung fehlt.

## 2. Die umstrittene Einwanderungspolitik

Großbritannien war eines derjenigen Länder, die ohne Übergangsphase für die Beitrittsländer Ost- und Mitteleuropas die Tür öffnete und die volle Freizügigkeit der Arbeitnehmer – wie in den europäischen Verträgen garantiert – ermöglichte. Die Zuwanderung vor allem aus Polen, aber auch aus anderen neuen Mitgliedstaaten der EU, wurde zunächst als willkommener Gewinn nicht zuletzt qualifizierter Arbeitskräfte diskutiert. Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise 2007/2008 und dem Anstieg der Zuwandererzahlen änderte sich die Stimmung im Lande. Alle Parteien setzten sich dafür ein, die Zuwanderung zu begrenzen. In der Opposition legte sich die Konservative Partei fest, bei einem Wahlsieg 2010 die Nettoeinwanderung bis zum Ende der Legislaturperiode auf unter 100 000 Menschen zu senken. Die Konservative Partei geriet zusätzlich dadurch unter Druck, dass UKIP neben dem Thema „EU-Austritt“ erfolgreich eine Einwanderungsbegrenzungs politik thematisierte. 2013 wanderten 260 000 Menschen in Großbritannien ein (zum Vergleich Deutschland: 465 000) – mehr als vor dem Amtsantritt David Camerons, was in der britischen Öffentlichkeit als „Politikversagen“ wahrgenommen wurde.

Premierminister Cameron setzte sich für Obergrenzen der Zuwandererzahlen ein – allerdings ohne zu berücksichtigen, dass das für EU-Bürger geltende Recht auf Freizügigkeit nicht einseitig von einem Mitgliedstaat aufgekündigt werden kann. Für UKIP ist die EU-Hürde ein weiteres Argument für den EU-Austritt Großbritanniens. Bundeskanzlerin Merkel signalisierte David Cameron mit deutlichen Worten, dass Deutschland nicht bereit sei, eine Einschränkung europäischer Grundrechte mitzutragen. In einer als wegweisend angekündigten Rede im Dezember 2014 legte David Cameron einen Plan vor, der vorsieht, EU-Zuwanderern Sozialleistungen vier Jahre lang vorzuenthalten sowie EU-Zuwanderer, die in einem halben Jahr keine Arbeit gefunden haben, abzuschieben und Kindergeldzahlungen an EU-Zuwanderer einzustellen, wenn deren Kinder nicht im Vereinigten Königreich leben.<sup>10</sup> Cameron ist klar, dass der Ausschluss von EU-Zuwanderern von Sozialleistungen eine Änderung der europäischen Verträge (Gebot der Nichtdiskriminierung) und Gesetze erfordert. Er drohte bei ausbleibendem Entgegenkommen der EU-Partner mit dem Austritt des UK aus der EU. Dem euroskeptischen Flügel seiner Partei gingen seine Vorschläge nicht weit genug. Sie hatten einen Einwanderungsstopp oder zumindest Einwanderungsquoten erwartet. Die Liberaldemokraten und die Labour Party äußerten sich nicht kritisch, ein deutliches Indiz dafür, dass der politische Mainstream in Großbritannien inzwischen der Zuwanderung ablehnend gegenüber steht. Dennoch ist es vor allem die Konservative Partei, die von den Wählerinnen und Wählern mit Migrationshintergrund unterdurchschnittlich unterstützt wird. Ein Defizit hat die Partei auch bei der Unterstützung durch weibliche Wähler.

## 3. EU-Austritt (Brexit) als Option?

Der EU-Austritt wäre für das Vereinigte Königreich wirtschaftlicher Selbstmord. Großbritannien ist der zweitgrößte Nettozahler in der EU. Es ist schwer vorstellbar, dass die anderen Mitgliedstaaten das Vereinigte Königreich ziehen lassen, aber bereit sein sollen, dem Land weiterhin sämtliche Vorteile des Binnenmarktes zu garantieren. Ein Austritt ohne ein solches Entgegenkommen würde für Großbritannien heißen, dass für Zwei-Drittel seiner Exporte nach der EU Zölle zu zahlen sind, die aber briti-

sche Produkte im EU-Raum unattraktiv machen. Hinzu kommt, dass das Land einen Großteil seiner Auslandsinvestitionen verlieren würde. Ein japanischer Autokonzern wie Toyota investiert im Vereinigten Königreich, um innerhalb der EU seine Autos zu bauen und damit die EU-Außenzölle zu umgehen. Nach dem Brexit würden sich Toyota (und andere ausländische Konzerne) rasch ein anderes EU-Land für ihre Produktion suchen. Mit dem wirtschaftlichen Bedeutungsverlust erlitt Großbritannien auch einen politischen. Für die USA oder China ist die EU der Wirtschaftsraum auf Augenhöhe – nicht aber ein von Europa abgekoppeltes Vereinigtes Königreich.

Nur UKIP fordert den EU-Austritt ohne Wenn und Aber. Die Liberaldemokraten und die schottische Nationalpartei SNP sind strikt dagegen. Die Labour Party hat ein Austrittsreferendum ausgeschlossen, falls sie die Wahlen gewinnt. Die Konservative Partei hat ein solches Referendum für 2017 versprochen, sollten die Bedingungen für das Vereinigte Königreich nicht einseitig nach britischen Wünschen verändert werden. Aber selbst bei einem EU-Austritt strebt die Konservative Partei an, etwa nach dem Vorbild der Schweiz und Norwegens, eng mit dem EU-Wirtschaftsgebiet verbunden zu bleiben. Ein EU-Austritt ist also nach der Wahl 2015, auch angesichts der begrenzten Wahlchancen der Konservativen Partei, unwahrscheinlich. Die britische Industrie ist ohnehin strikt dagegen. Wichtiger aber, das Thema EU ist angesichts der Prioritäten der britischen Wähler weit weniger wahlentscheidend als die Themen Einwanderung, Wirtschaftslage und NHS.

Dennoch ist der Brexit nicht vom Tisch. Im Sommer 2014 machte David Cameron den EU-Gegner Philip Hammond zu seinem Außenminister. Vor allem die Strategie des Premierministers, durch Härte gegenüber Brüssel die Erfolgsaussichten von UKIP bei der Parlamentswahl zu begrenzen und seine Partei zusammenzuhalten, trägt dazu bei, EU-Skepsis plausibel zu machen und UKIP als ernsthafte Alternative zur Konservativen Partei im Gespräch zu halten. Anlässe für eine Fokussierung auf die EU gab es vor der Wahl 2015 genug, angefangen von der britischen Beteiligung beim Europäischen Haftbefehl (hier war Cameron im Konflikt mit Teilen seiner Partei dafür), über den öffentlichen Wutausbruch David Camerons wegen einer Forderung der EU nach einer britischen Nachzahlung aus statistischen Gründen in Höhe von 2,1 Mrd. Euro bis hin zum Streit mit der EU wegen der von Cameron gewünschten Einschränkung der Freizügigkeit für EU-Bürger. Camerons anti-EU Reflexe, selbst bei der erwähnten Nachzahlung, deren statistische Basis mit Zustimmung Großbritanniens festgelegt wurde, und die nur mathematische Gründe hat, mögen in anderen europäischen Ländern unverständlich oder übertrieben erscheinen, sie geben aber sehr gut die Stimmung im Lande wider, wie der folgende Kommentar der Financial Times verdeutlicht: „The political reality in Britain is that Mr Cameron cannot pay this surcharge, certainly not by the due date of December and probably not by the general election in May, if ever. He would risk political death. From the anti-EU UK Independence party, his own Conservatives and much of the electorate would come a torrent of anger that he might not withstand.“<sup>11</sup>

#### 4. Die Folgen des Schottland-Referendums

Der Erfolg der Gegner der schottischen Unabhängigkeit entschied die Schottlandfrage nicht für eine Generation, wie die Regierung gehofft hatte. Die schottische Gesellschaft wurde durch die Referendumskampagne aufgerüttelt und orientiert sich heute viel stärker als früher an der schottischen Eigenständigkeit. Die Mitgliederzahlen bei den

Parteien, die die Unabhängigkeit befürwortet hatten, wuchsen dramatisch. Die schottische Nationalpartei SNP verdreifachte ihre Mitgliederzahl auf 85.000.<sup>12</sup> Sie ist damit die drittstärkste britische Partei, obwohl sie bei Wahlen nur in Schottland antritt. Schottland erwartet nach dem „Nein“ die von den Unabhängigkeitsgegnern versprochenen weitreichenden Veränderungen in Politik und Gesellschaft des Landes, zunächst heißt das, mehr Kontrolle über die Steuererhebung (Einkommensteuer) und den Sozialstaat. Letztere Reformvorschläge wurden im Einverständnis aller schottischen Parteien im Dezember 2014 von der von Lord Smith of Kelvin geleiteten Kommission<sup>13</sup> empfohlen.

Entscheidend für die Parlamentswahlen 2015 ist, dass das Erstarren der SNP die Labour Party in ihrer Hochburg Schottland schwächt. Die Konservative Partei ist in Schottland bei britischen Parlamentswahlen keine ernstzunehmende Kraft (2005: 1 Sitz; 2010: 1 Sitz). Die Labour Party hingegen ist ohne ausreichende schottische Sitze im Westminster Parlament nicht mehrheitsfähig (2010: 41 von 59 Sitzen). Selbst wenn sie bei den Parlamentswahlen stärkste Partei im Westminsterparlament wird, wäre sie bei einem deutlichen SNP-Erfolg auf einen Koalitionspartner angewiesen. Im für die Partei schlimmsten Falle reicht es auch bei einer Koalition mit den Liberaldemokraten nicht zur Mehrheit der Parlamentssitze für die Regierungskoalition. Darauf hofft die SNP. Ihr wird zugetraut, mehr als die Hälfte der 59 schottischen Parlamentssitze zu erobern. Die SNP hat sich strikt gegen jede Zusammenarbeit mit der Konservativen Partei ausgesprochen. Sie wäre aber bereit, eine Labour Regierung fallweise parlamentarisch zu unterstützen, wenn sie dafür weitere Zugeständnisse in Richtung schottischer Unabhängigkeit erhält. Alex Salmond, der charismatische frühere Parteivorsitzende der SNP, kandidiert für einen Unterhaussitz und wäre mehr als geeignet, an der Spitze der SNP-Unterhausfraktion die Unabhängigkeitspolitik in diesem Sinne weiter zu verfolgen.

Das Schottland-Referendum hat auch dazu beigetragen, politische Schwerpunktsetzungen in England neu zu akzentuieren. Alle Parteien setzen sich nun für mehr lokale Autonomie ein. Die Konservative Partei hatte diese Idee unter dem Slogan „Big Society“ schon 2010 im Wahlprogramm – setzte das Konzept der verstärkten Bürgerbeteiligung aber nur mit mäßigem Erfolg um, vor allem weil bei den Kommunen nur geringes Interesse an neuen Kompetenzen wie der Direktwahl der Bürgermeister bestand. 2014 griff die Partei ihre Ideen wieder auf und versprach der Stadt Manchester neben einem gewählten Bürgermeister auch neue Kompetenzen für Infrastruktur und Ausbildung. Der Parteivorsitzende der Liberaldemokraten und stellvertretende Premierminister Nick Clegg setzte durch, dass Leeds und Sheffield das gleiche Angebot gemacht wird. Labour überbot die Regierung mit der Aussicht auf die Übertragung der Kompetenzen für den Busverkehr und die Gewerbesteuern an die Kommunen und der Idee, das Oberhaus durch eine Versammlung lokaler und regionaler Vertreter zu ersetzen. Alle Parteien erhoffen sich insgeheim eine Entlastung des britischen Haushalts durch Dezentralisierung, um mehr Spielräume bei der Sparpolitik zu gewinnen. Sie nutzen dabei das Vertrauen, das die Briten in ihre Kommunalverwaltungen haben – im Unterschied zum Misstrauen in die nationale Politik. In einer BBC-Umfrage vom Oktober 2014 gaben 71 Prozent der Befragten an, auf der nationalen Ebene wüssten die Politiker nicht, was vor Ort gut für das Land sei.<sup>14</sup>

## 5. Wird die schweigende Mehrheit vergessen?

Prognosen über den Wahlausgang werden häufig direkt verbunden mit den Themen, die die Schlagzeilen beherrschen. Die Konservative Partei neigt dazu, das Europathema für die Wahlentscheidung über zu bewerten. Dieser Fehler hat sie schon 1997 den Wahlsieg gekostet, als Tony Blair mit dem Thema Bildung punktete. Sie neigt auch dazu, sich zu sehr auf UKIP und deren Themen zu konzentrieren. Der Vertrauensverlust in die etablierten Parteien spiegelt sich nicht automatisch in einem Vertrauensgewinn für UKIP wider. In einer YouGov Umfrage vom 8. Oktober 2014 teilte die große Mehrheit der Befragten die Ansicht, dass UKIP nicht vertrauenswürdiger sei als die anderen Parteien, dass UKIP voll von Spinnern und Extremisten sei, und dass UKIP eine Protestpartei sei mit keinem realistischen Politikangebot.<sup>15</sup>

Die Abwendung von der Parteiendemokratie ist das größere Problem als das Unbehagen der Londoner Politik über schottischen Nationalismus und englischen Euroskeptizismus. 2010 war die niedrige Wahlbeteiligung von 2005 (61,1%) auf immer noch niedrige 65,1% gewachsen. Hauptgrund hierfür war die Unsicherheit über den Wahlausgang, also die erwarteten unklaren Mehrheitsverhältnisse.<sup>16</sup> Dies könnte auch 2015 wieder eine gewisse Wählermobilisierung mit sich bringen, zumal die Zahl der Parteien, die sich zur Wahl stellen, und damit das Angebot an Alternativen ständig wächst. Mit der Schwäche der großen Parteien, also dem Ende des Zweiparteienduoopols, wurde das Argument, dass Stimmen für kleinere Parteien verschwendete Stimmen seien, weniger überzeugend. 2010 gewannen beispielsweise sogar die Grünen (nationales Ergebnis: 1% der Stimmen) einen Parlamentssitz. Das Wahlsystem erfordert weiterhin die Hochburgenbildung der Parteien in bestimmten Wahlkreisen, diese ist aber für kleinere Parteien weniger aussichtslos als früher. Das Wahlsystem begünstigt weiterhin die Labour Party und die Konservativen, aber wirkt nicht mehr mehrheitsbildend. Die Zeit der Einparteienregierungen scheint gegenwärtig vorbei – was diese in fernerer Zukunft dennoch nicht ausschließt.

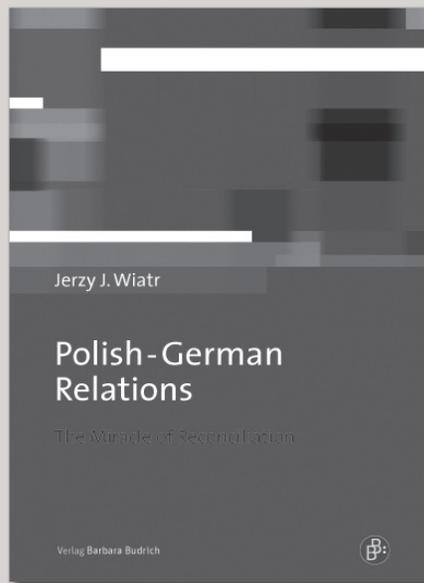
Die schweigende Mehrheit ist immer noch – wie auch bei früheren Wahlen – an „bread and butter“-Themen interessiert: Wirtschaft, Bildung, Gesundheit. Eine der wichtigsten Fragen für die Wahl ist, lohnt es sich angesichts des gegenwärtigen Politikangebots und angesichts der Tatsache vieler umkämpfter Wahlkreise zur Wahl zu gehen? Aus Sicht der Parteien steht dem Wahlgewinner eine politische Herkulesaufgabe bevor, was einen Wahlsieg nur begrenzt attraktiv macht. Haushaltsspielräume gibt es keine, die Verfassung des Landes bedarf dringend einer Überarbeitung, um mit den regionalen und lokalen Herausforderungen zu Recht zu kommen und den Zusammenhalt des Landes zu wahren, das Verhältnis zu Europa bedarf ebenso wie die weltpolitische Rolle des Vereinigten Königreichs der Klärung. Janan Ganesh kommt deshalb in einem Kommentar für die Financial Times zu dem ernüchternden Ergebnis: (The) „general election is one that each of the main parties can win, and both might quietly hope to lose.“<sup>17</sup>

### Anmerkungen

- 1 Financial Times, 10.11.2014, S. 1.
- 2 The Economist, 22. 11. 2014, S. 32f.
- 3 George Parker: Westminster's malaise, in: Financial Times, 10.11. 2014, S. 7.
- 4 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.5. 2014, S. 19.

- 5 Vgl., *The Economist*, 20.9. 2014, S. 33.
- 6 Vgl. *Financial Times*, 10. 11. 2014, S. 8 (The sorry state of Ed Miliband's leadership)
- 7 Jochen Buchsteiner: Auch Nietzsche weinte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.11. 2014, S. 5.
- 8 Janan Ganesh: Labour's discomfiture presages a stressful campaign, in: *Financial Times*, 11.11. 2014, S. 9.
- 9 Philip Stephens: Britain's new enemies: immigrants and capitalists, in: *Financial Times*, 1.8.2014, S. 7.
- 10 *Financial Times*, 29./30. 11. 2014, S. 2.
- 11 Janan Ganesh: Cameron risks political death if he pays the Brussels bill, in: *Financial Times*, 28.10. 2014, S.9.
- 12 Jochen Buchsteiner: Mit ungebrochener Moral, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.11. 2014, S. 6.
- 13 Report of the Smith Commission for further devolution of powers to the Scottish Parliament, [www.smith-commission.scot](http://www.smith-commission.scot) (27.11. 2014).
- 14 *The Economist*, 8. 11. 2014, S. 29.
- 15 *The Economist*, 18.10. 2014, S. 32.
- 16 John Curtice/Stephen Fisher/Robert Ford: An Analysis of the Results, in: Dennis Kavanagh/Philip Cowley (Hrsg.): *The British General Election of 2010*, Basingstoke 2010, S. 409.
- 17 Janan Ganesh: The next British election carries a fiendish winner's curse, in: *Financial Times*, 30.9.2014, S. 9.

## Poland and Germany – Enemies reconciled



Jerzy J. Wiatr

### Polish-German Relations

The Miracle of Reconciliation

2014. 110 pp. Hardcover.  
19,90 € (D), 20,50 € (A),  
GBP17.95, US\$29.95  
ISBN 978-3-8474-0608-2

The book constitutes a sociological analysis of the origins of the Polish-German antagonism in the nineteenth and twentieth century and of the process of overcoming it. The author discusses the role played by the religious and political leaders as well as intellectuals of both nations and presents survey research data showing the marked improvement in mutual relations.

Order now:



Barbara Budrich Publishers  
Stauffenbergstr. 7  
51379 Leverkusen-Opladen

ph +49 (0)2171.344.594  
fx +49 (0)2171.344.693  
info@barbara-budrich.net

[www.barbara-budrich.net](http://www.barbara-budrich.net)